

## REPUBLIC ÖSTERREICH

Bundesministerium für öffentliche  
Wirtschaft und Verkehr

Pr.Zl. 8557/4-1-87

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses  
Schreibens anführen.

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2

Telex Nr.: 111800

Telex Nr.: 132481 (Straßenverkehr)

DVR: 0090204

Sachbearbeiter: Mag. Gstettenbauer

Tel. (0 22 2) 75 76 31 Kl.

od. 75 65 01

9107

Novellierung des Bundes-  
PersonalvertretungsgesetzesAn das  
Präsidium des Nationalrates  
W i e n

GESETZESENTWURF	
Z. 20	GE 987
Datum: 23. APR. 1987	
Verteilt 24. APR. 1987	

*Dr. Neidhart*

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr beehrt sich, 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme zum gegenständlichen Gesetzesentwurf zu gefälligen Kenntnisnahme zu übermitteln.

Wien, am 22. April 1987

Für den Bundesminister:

Dr. NEIDHART

Für die Echtheit  
der Ausfertigung:*Neidhart*



## REPUBLIK ÖSTERREICH

Bundesministerium für öffentliche  
Wirtschaft und Verkehr

Pr.Zl. 8557/4-1-87

Bitte im Antwortschreiben die Zahl dieses  
Schreibens anführen.

A-1031 Wien, Radetzkystraße 2

Telex Nr.: 111800

Telex Nr.: 132481 (Straßenverkehr)

DVR: 0090204

Sachbearbeiter: Mag. Gstettenbauer

Tel. (0 22 2) 75 76 31 Kl.

od. 75 65 01

9107

Novellierung des Bundes-  
PersonalvertretungsgesetzesBezug: do. GZ 921.092/1-II/A/6/87An das  
Bundeskanzleramt  
W i e n

Das Bundesministerium für öffentliche Wirtschaft und Verkehr  
beehrt sich, zum gegenständlichen Gesetzesentwurf folgende  
Stellungnahme abzugeben:

Zu Art. I Pkt. 7 (§ 9 Abs. 1 lit n):

Hier darf vorgeschlagen werden, diese Bestimmung in einer Weise  
zu konkretisieren, daß nur ausschließliche und dauernde Arbeiten  
an Bildschirmarbeitsplätzen dieser Gesetzesstelle unterliegen  
sollten. Würde nämlich auch die Auswahl von Bediensteten für nur  
kurzfristige Tätigkeiten an solchen Arbeitsplätzen einer Mit-  
wirkung der Personalvertretung unterliegen, so könnte dies unter  
Umständen eine wesentliche Erschwernis des Dienstbetriebes be-  
deuten.

Zu Art. I Pkte. 4, 25, 26 und 27 (§§ 6 Abs. 4, 22 Abs. 1, 2 und 4):

Im § 3 Abs. 5 des Entwurfes wird der Ausdruck "Obmann" durch die  
weibliche bzw. männliche Form des Ausdruckes "Vorsitzende(r)"  
ersetzt, wobei die Berücksichtigung weiblicher Vorsitzender

- 2 -

auch konsequenterweise in den weiteren Textpassagen zum Ausdruck kommen sollte. Im zweiten Halbsatz des § 6 Abs. 4 müßte es daher z.B. heißen: ".... oder im Fall seiner (ihrer) Verhinderung ...."

Im Sinne der vorhergehenden Ausführung wird weiters angeregt, im § 30 Abs. 1 den Ausdruck "Ersatzmann" durch die Bezeichnung "Ersatzvertrauensperson" sowie im § 39 Abs. 2 und 3 den Ausdruck "Ersatzmänner" durch die Bezeichnung "Ersatzmitglieder" zu ersetzen.

Abschließend darf mitgeteilt werden, daß 25 Ausfertigungen der ho. Stellungnahme dem Präsidium des Nationalrates zugeleitet wurden.

Wien, am 22. April 1987

Für den Bundesminister:

Dr. NEIDHART

Für die Richtigkeit  
der Ausfertigung:

